

**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 07.08.2023

Niederschrift

23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20.07.2023

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Heiko Handschuh

Stadtverordnete/r

Herr Dennis Alfonso Muñoz

Frau Tina Argyriadis

Herr Marvin Donig

Frau Marina Glorius

Frau Janina Holzapfel

Frau Vanessa Marques

Herr Matti Merker

Herr Dirk Mühlhahn

Frau Peggy Yvonne Pittner

ab 19:25 Uhr

Frau Dr. Daniela Stoeckel

Herr Simon Weschenfelder

Herr Sven Blümlein

Frau Birgitt Engelhardt

Frau Katja Köbler

Herr Dr. Jochen Ohl

Herr Alexander Pfau

Herr Stefan Bock

ab 19:17 Uhr

Herr Rüdiger Funck

Herr Stefan Jost

Herr Hansgeorg Münch

Herr Holger Schütz

Frau Helga Weber

Herr Johannes Burghaus

Herr Karl Friedrich Emmerich

Frau Annette Huber

Herr Alexander Kreß

Herr Abdelaziz Mouami

Frau Daniella Sagnelli-Reeh
Frau Helga Berthold
Herr Alwin Kreher
Frau Dr. Margarete Sauer

Bürgermeister

Herr Bürgermeister René Kirch

Erste Stadträtin

Frau Erste Stadträtin Miriam Mohr

Magistrat

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Brunst
Frau Stadträtin Jutta Burghardt
Herr Stadtrat Horst Engelhardt
Herr Stadtrat Norbert Knöll
Frau Stadträtin Ursula Münch

Ortsvorsteherin

Frau Claudia Harms

Ortsvorsteher

Herr Karl-Heinz Dührig
Herr Karl-Heinz Prochaska

Ausländerbeiratsvorsitzender

Herr Hamid Anzoul

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Ohl

Schriftführer

Herr Tim Kath

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Frau Pia Eckert-Graulich	Entschuldigt
Herr Dieter Ohl	Entschuldigt
Herr Michael Engels	Entschuldigt
Frau Beate Pfeffermann	Entschuldigt
Herr Dr. Jens Zimmermann	Entschuldigt

Magistrat

Herr Stadtrat Karlheinz Müller	Entschuldigt
Herr Stadtrat Klaus Scheuermann	Entschuldigt
Herr Stadtrat Oliver Schröbel	Entschuldigt

Beginn der Sitzung:	19:04 Uhr
Ende der Sitzung:	22:07 Uhr

Tagesordnung:

23. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.07.2023

Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrats
 - 2.1. Kurzmitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung
 - 2.2. Stand der Beschlüsse zum 20.07.2023
Vorlage: 910/0007/2023
 - 2.3. Kindertagesstätten-Bedarfszahlen, Stand 01.03.2023
Vorlage: 140/0101/2023
 - 2.4. AGGL Abrechnung Leistungszeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022 / Kostensteigerung ab 2022
Vorlage: 250/0057/2023
 - 2.5. Budgetbericht Zeitraum April 2023 mit der Prognose zum Jahresende
Vorlage: 340/0132/2023
3. Bebauungsplan "Geiersberg, Plan 4" im Stadtteil Umstadt - Anerkennung des Entwurfs zur Durchführung der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (§§ 4 Abs. 2 BauGB) jeweils i.V.m. § 13 a BauGB
Vorlage: 210/0205/2023
4. Bebauungsplan "Alzheimer Straße" im Stadtteil Richen
 - 4.1. Bebauungsplan "Alzheimer Straße 4" - Festlegung der kommunalen Finanzierungsbeteiligung
Vorlage: 210/0199/2023
 - 4.1.1. Änderungsantrag der SPD zum Bebauungsplan Alzheimer Straße 4 - Festlegung der kommunalen Finanzierungsbeteiligung vom 21.06.2023
Vorlage: SPD/0022/2023
 - 4.1.2. Änderungsantrag Ablösung Auflage Sozialer Wohnungsbau
Vorlage: BVG/0016/2023
 - 4.2. Bebauungsplan "Alzheimer Straße" im Stadtteil Richen - Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 210/0202/2023

- 4.3. Bebauungsplan "Alzheimer Straße" im Stadtteil Richen - Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 13a BauGB und aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 210/0203/2023
- 4.4. Bebauungsplan "Alzheimer Straße" im Stadtteil Richen - Satzungsbeschluss
Vorlage: 210/0204/2023
- 5. Bebauungsplan "Solarpark Am Wiebelsbacher Weg" im Stadtteil Umstadt und FNP, 3. Änderung - Aufstellungsbeschluss und Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB
Vorlage: 210/0200/2023
- 6. Grundsatzbeschluss zur Durchführung eines Bauleitplanverfahrens zugunsten einer Wohnbebauung auf den Grundstücken Flur 23 Nr. 13, 14, 15 (tw.) in der Gemarkung Groß-Umstadt
Vorlage: 210/0187/2023
- 7. Verzicht auf Gendersternchen und Doppelpunkt; Antrag der FDP-Fraktion vom 05.06.2023
Vorlage: FDP/0013/2023
- 8. Beratung Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024
 - 8.1. Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 8.1.1. Eckwerteantrag - Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zur Förderung der Stelle eines Klimamanagers
Vorlage: Grü/0026/2023
 - 8.1.2. Eckwerteantrag - Konzept für bezahlbaren Wohnraum
Vorlage: Grü/0028/2023
 - 8.1.2.1. Eckwerteantrag: Konzept für bezahlbaren Wohnraum
Vorlage: G/C/0001/2023
 - 8.1.3. Eckwerteantrag - Nachhaltige, energetische Quartierslösung
Vorlage: Grü/0027/2023
 - 8.1.4. Eckwerteantrag - Mehr Bewegungsmöglichkeiten für Jugendliche
Vorlage: Grü/0029/2023
 - 8.1.4.1. Änderungsantrag zum Antrag „Mehr Bewegungsmöglichkeiten für Jugendliche“ der Grünen
Vorlage: SPD/0031/2023
 - 8.1.5. Eckwerteantrag - Pflanzung von Stadtbäumen
Vorlage: Grü/0030/2023

- 8.1.6. Eckwerteantrag: Umsetzung des Radverkehrskonzeptes
Vorlage: Grü/0031/2023
- 8.1.6.1. Änderungsantrag zum Antrag „Umsetzung des Radverkehrskonzeptes“ der Grünen
Vorlage: SPD/0032/2023
- 8.1.6.2. Eckwerteantrag: Aktualisierung und Umsetzung des Radverkehrskonzeptes
Vorlage: S/C/G/0002/2023
- 8.2. Anträge der Fraktion CDU
- 8.2.1. Haushaltsantrag 2024: Erstellung eines Gesamtverkehrswegeplans für Groß-Umstadt einschließlich
Vorlage: CDU/0012/2023
- 8.2.2. Haushaltsantrag 2024: Erstellung Digitalisierungsfahrplan
Vorlage: CDU/0013/2023
- 8.2.3. Haushaltsantrag 2024: Verzicht auf die Bundesförderung für die Stelle des Klimaschutzmanagers
Vorlage: CDU/0014/2023
- 8.2.4. Haushaltsantrag 2024: Ausstattung des Ordnungsamtes mit einem als Polizei erkennbaren Fahrzeug sowie der Ordnungskräfte im Außendienst mit funktionsgerechter Kleidung und Ausrüstung
Vorlage: CDU/0015/2023
- 8.2.5. Haushaltsantrag 2024: Einrichtung eines zentralen Info-Points in städtischen Räumlichkeiten
Vorlage: CDU/0016/2023
- 8.2.6. Haushaltsantrag 2024: Ankauf brachliegende Gewerbeflächen
Vorlage: CDU/0017/2023
- 8.2.7. Haushaltsantrag 2024: Ausweisen von Kennzahlen
Vorlage: CDU/0018/2023
- 8.2.8. Haushaltsantrag 2024: Verstärkung aufsuchender Jugendarbeit
Vorlage: CDU/0019/2023
- 8.2.8.1. Eckwerteantrag: Projektbezogene und aufsuchende Jugendarbeit in den Stadtteilen
Vorlage: S/G/C/0001/2023
- 8.2.9. Haushaltsantrag 2024: Beschaffung weiterer Ruhebänke im Stadtgebiet
Vorlage: CDU/0020/2023

- 8.2.10. Haushaltsantrag 2024: Arbeitsplatzkonzept/ Einsparung von Büroflächen
Vorlage: CDU/0021/2023
- 8.2.11. Haushaltsantrag 2024: Prüfung zur Gründung einer städtischen GmbH
Vorlage: CDU/0022/2023
- 8.3. Anträge der Fraktion SPD
 - 8.3.1. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
- Erhöhung der Sichtbarkeit der Stadtteilveranstaltungen durch Erweiterung des Kulturprogramms
Vorlage: SPD/0023/2023
 - 8.3.1.1. Änderungsantrag zum Parteiantrag SPD/0023/2023 "Erhöhung der Sichtbarkeit der Stadtteilveranstaltungen durch Erweiterung des Kulturprogramms"
Vorlage: FDP/0021/2023
 - 8.3.2. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
: Umplanung Küchensanierung Bürgerhaus Klein-Umstadt
Vorlage: SPD/0024/2023
 - 8.3.3. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
: Zusätzliche Förderung des ZIBB (Zentrum Information Beratung Bildung)
Vorlage: SPD/0025/2023
 - 8.3.4. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
: Dauerhafte Förderung des AWO-Spielmobils
Vorlage: SPD/0026/2023
 - 8.3.4.1. Änderungsantrag zum SPD Haushaltsantrag 2024: Dauerhafte Förderung des AWO-Spielmobils
Vorlage: CDU/0023/2023
 - 8.3.5. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
: Gebührenerstattung bei Betreuungsausfall
Vorlage: SPD/0027/2023
 - 8.3.6. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024: Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf
Vorlage: SPD/0028/2023
 - 8.3.7. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
: Neugestaltung des Mahnmals zur Reichspogromnacht
Vorlage: SPD/0029/2023
 - 8.3.7.1. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
: Neugestaltung des Mahnmals zur Reichspogromnacht
Vorlage: SPD/FDP/0002/2023

- 8.3.8. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
: Steigerung der Attraktivität der Verschwisterungsfahrten
Vorlage: SPD/0030/2023
- 8.4. Anträge der Fraktion FDP
 - 8.4.1. Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Neu- und Ersatzbeschaffung der Spielplätze
Vorlage: FDP/0015/2023
 - 8.4.2. Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Schaffung von Sozialbetreuungsplätzen
Vorlage: FDP/0016/2023
 - 8.4.3. Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Übernahme einer Bürgschaft zur Finanzierung von Betreuungsplätzen
Vorlage: FDP/0017/2023
 - 8.4.4. Antrag für den Haushaltsentwurf 2024- Anschaffung von Fahrzeugen
Vorlage: FDP/0018/2023
 - 8.4.5. Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Bau eines Stadtarchivs,
Vorlage: FDP/0019/2023
 - 8.4.5.1. Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
- Sicherung des historischen Archivguts, Bau eines Kreisarchivs und Einrichtung eines digitalen Stadtarchivs
Vorlage: SPD/FDP/0001/2023
 - 8.4.6. Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Vorhaben des gemeinsamen digitalen Archiverbundes
Vorlage: FDP/0020/2023
- 9. Anregungen und Mitteilungen

Teil B

- 10. Einführung eines Klimaschutzpreises; Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.2021 - Vorlage: SPD/0005/2021
- 11. Erstellung kommunales Wasserkonzept; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 19.08.2022 - Vorlage: Grü/0017/2022
- 12. Förderung von Klimaschutzmaßnahmen; Antrag der CDU-Fraktion vom 12.01.2022 - Vorlage: CDU/0003/2022
- 13. Einrichtung eines Facharbeitskreises Bauen; Antrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023 - Vorlage: BVG/0010/2023

Stadtverordnetenvorsteher Heiko Handschuh eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen das Protokoll der 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2023 liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift ist demnach genehmigt.

Teil A

Zu TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Heiko Handschuh bedankt sich bei seiner Stellvertreterin Dr. Daniela Stoeckel sowie den Mitarbeitenden der Verwaltung für die Vertretung während seiner Abwesenheit.

Zu TOP 2 Mitteilungen des Magistrats

Zu TOP 2.1 Kurzmitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung

Bürgermeister René Kirch

- berichtet, dass die Georg-August-Zinn-Straße aufgrund des barrierefreien Ausbaues der Bushaltestelle „Pfälzer Schloss“ während der Sommerferien voll gesperrt sein wird und verweist auf eine entsprechende Pressemitteilung.
- informiert, dass das Raibacher Tal ebenfalls temporär voll gesperrt wird. Hier stünden Kanalarbeiten an. Die Bevölkerung werde vorab informiert.
- teilt mit, dass seitens der Stadtverwaltung kein Feuerwerk als Abschluss für das Winzerfest beauftragt wird.
- gibt bekannt, dass das neue Winzerfestgläschen in diesem Jahr für 4,00 Euro, erneut als Kulturbeitrag zur Finanzierung des Festes, verkauft wird.
- weist darauf hin, dass es am 19. September 2023 eine Informationsveranstaltung in Dorndiel zu Windkraftanlagen geben wird. Als Veranstaltungsort wurde die katholische Kirche vereinbart.
- gibt einen kurzen Bericht zu einem Feuerwehreinsatz in Richen wieder. Dort habe ein E-Fahrzeug gebrannt und dies habe zu einem langwierigeren Feuerwehreinsatz geführt. Auch der Hessische Rundfunk habe in einem Beitrag darüber berichtet.

Zu TOP 2.2

Stand der Beschlüsse zum 20.07.2023
Vorlage: 910/0007/2023

Inhalt der Mitteilung

Der aktuelle Stand der Beschlüsse wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Zu TOP 2.3

Kindertagesstätten-Bedarfszahlen, Stand 01.03.2023
Vorlage: 140/0101/2023

Inhalt der Mitteilung

Generell werden in der Darstellung die Plätze laut Betriebserlaubnis der einzelnen Kindertagesstätten genannt – inklusive der Plätze der Kindertagespflege (die Plätze der Tagesmütter sind leicht rückgängig). Eine Reduzierung um Integrationsplätze findet statt - dieser gehen umfangreiche Antragsverfahren für Integrationsgenehmigungen voraus.

Grundlage der Kita-Bedarfsberechnung bilden die statistischen Werte der einzelnen Geburtenjahrgänge, die durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg erfasst werden.

Es handelt sich hierbei um eine einheitlich vom Landkreis vorgegebene Berechnungsgrundlage, um kommunale Vergleiche ziehen zu können. Die reduzierte Platzanzahl entspricht der tatsächlich belegbaren Größe.

Das Defizit an Betreuungsplätzen stellt sich zum Stichtag 01.03.2023 im u3-Bereich mit -49 und im ü3-Bereich mit -117 Plätzen, gesamt **-166** dar.

Im kommenden Kita-Jahr 2023/24 sind die Erweiterungen der städt. Kita Kleestadt und der Ev. Kita Wiebelsbach deutlich erkennbar und verringern das Defizit auf -25 u3 und -75 ü3 – Plätze, gesamt -100 Plätze, die Geburtenzahlen ebenfalls angepasst.

Die Ausweisung der verschiedenen neuen Wohngebiete, lässt eine zusätzliche Steigerung erwarten. Berechnet wurde die Schaffung von Wohneinheiten nach Angabe von Abt. 210 aufgrund aktuell vorhandener Bauanträge (Stand 03.2023). Darüber hinaus sind bereits weitere, auch private Vorhaben, angekündigt.

Geplante Wohneinheiten Stand 03.2023	multipliziert mit Durchschnitt Personen/Haushalt	multipliziert mit Faktor %-Steigerung	Ergebnis: Errechner Faktor Platzbedarf
203	2,5	1,5	7,61

Alter	Faktor Platzbedarf	Multipliziert mit Anzahl der Jahrgänge	zusätzlicher Platzbedarf gerundet
U3	7,61	2	15
Ü3	7,61	4	30

Platz-Defizit 01.03.2023: - 166

zuzüglich - 45 (aus neuen Wohneinheiten)

somit gesamt: - 211

Die Kita-Infrastruktur ist weiterhin deutlich zu verbessern und der Ausbau der Betreuungslandschaft zu forcieren. Als mögliche Maßnahmen, um den vorhandenen Platzdefiziten entgegen zu wirken, können als weitere räumliche Optionen zur Verbesserung der Betreuungssituation genannt werden:

1.

Neben den o.g. Platzzuwächsen in Kleestadt und Wiebelsbach entsteht derzeit eine Waldgruppe der Ev. Kita Heubach mit 20 ü3-Plätzen. Die Inbetriebnahme ist im Laufe 2024 zu erwarten.

2.

Aufgrund der finalen Erklärung des Spielkreises e.V. vom 23.03.2023 zur Erweiterung um zwei u3-Gruppen, kann dort ein Platzzuwachs von 24 u3-Plätzen erzielt werden:

Spielkreis e.V.	
Bestand	u3
5 x 12	60

Neu	u3
7 x 12	84
Plus von 2 x 12	plus 24

Basierend auf dieser durch den Spielkreis e.V. favorisierten Stärkung des u3-Bereiches, bestehen Möglichkeiten zur Schaffung neuer Plätze durch jeweilige Gruppenveränderungen anderer Kindertagesstätten. Die Gruppenveränderung kann jeweils durch die Umwandlung einer vorhandenen u3-Gruppe (12 Plätze) in eine altersgemischte Gruppe (max. 3 u3- und 17 ü3-Plätze) erfolgen.

Möglichkeiten in städt. Kitas:

Raibach		
Bestand	u3	ü3
1 x 12	12	
1 x 25		25

Raibach Neu	u3	ü3
1 x 3 (aü Gruppe)	3	
1 x 17 (aü Gruppe)		17
1 x 25		25
plus/minus von	-9	plus 17

Semd		
Bestand	u3	ü3
2 x 12	24	
2 x 25		50

Semd Neu	u3	ü3
1 x 12	12	
1 x 3 (aü Gruppe)	3	
1 x 17 (aü Gruppe)		17
2 x 25		50
plus/minus von	-9	plus 17

Ebenfalls wird diese Möglichkeit in der Ev. Kita Klein-Umstadt gesehen:

Ev. Kita Klein-Umstadt		
Bestand	u3	ü3
2 x 12	24	
2 x 25		50

Ev. Kita Klein-Umstadt Neu	u3	ü3
1 x 12	12	
1 x 3 (aü Gruppe)	3	
1 x 17 (aü Gruppe)		17

2 x 25		50
plus/minus von	-9	plus 17

Erforderliche Gespräche mit dem jeweiligen Träger sowie dem Jugendamt des Landkreises Darmstadt Dieburg finden statt – ebenfalls sind die Nutzungsvarianten mit den Kita-Leitungen/dem Personal zu erläutern – notwendige Betriebserlaubnisse sind zu beantragen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 2.4 **AGGL Abrechnung Leistungszeitraum 01.01.2022 bis
31.12.2022 / Kostensteigerung ab 2022
Vorlage: 250/0057/2023**

Inhalt der Mitteilung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 2.5 **Budgetbericht Zeitraum April 2023 mit der Prognose zum Jahresende
Vorlage: 340/0132/2023**

Inhalt der Mitteilung

Mit dieser Mitteilung erhalten Sie den Budgetbericht für den Monat April 2023 mit der Prognose zum Jahresende zur Kenntnisnahme.

Gem. § 28 Abs. 1 GemHVO ist die Stadtverordnetenversammlung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten.

Groß-Umstadt, den 06.06.2023
Abteilung 340

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 3

**Bebauungsplan "Geiersberg, Plan 4" im Stadtteil Umstadt - Anerkennung des Entwurfs zur Durchführung der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (§§ 4 Abs. 2 BauGB) jeweils i.V.m. § 13 a BauGB
Vorlage: 210/0205/2023**

Bürgermeister René Kirch berichtet, dass die Rückmeldungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung in die Planungen eingeflossen seien. Eine maßvolle städtebauliche Entwicklung sei vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Umstadt beschließt den vorgelegten Bebauungsplan „Geiersberg, Plan 4“ (Entwurf 24.05.2023) als Satzungsentwurf zur Durchführung der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit i. S. d. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange i. S. d. § 4 Abs. 2 BauGB, jeweils i. V. m. § 13a BauGB, die dazugehörige Begründung wird gebilligt. Es wird beschlossen, die Beteiligung gemäß §§ 3, 4 Abs. 2 BauGB und die weiteren Verfahrensschritte auf dieser planerischen Grundlage durchzuführen.

Anlagen:

Bebauungsplan Entwurf 24.05.2023 bestehend aus

- Planteil
- Textteil

Begründung zum Bebauungsplan Entwurf Mai 2023

- Bestandskarte
- Pläne der Bestandsanalyse
- Vorprüfung zur Umweltverträglichkeit, Stand April 2022

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Damit ist die Vorlage einstimmig beschlossen.

Zu TOP 4

Bebauungsplan "Alzheimer Straße" im Stadtteil Richen

Der Bebauungsplan „Alzheimer Straße 4“ wird beraten.

Bürgermeister Kirch wirbt für eine Zustimmung zur Vorlage.

Herr Stefan Jost (BVG) plädiert dafür, das Vorhaben nach langer Planungszeit abzu-

schließen und erläutert den eingereichten Änderungsantrag (TOP 4.1.2). Im Laufe der Beratung wird dieser als am weitestgehenden Beschluss eingestuft und als erstes abgestimmt.

Herr Dennis Alfonso Muñoz (SPD) sagt, es seien die Grundbedingungen zur Erstellung des Bebauungsplanes nicht gegeben. So sei Sozialer Wohnungsbau nicht erreicht.

Frau Annette Huber (B'90/Die Grünen) argumentiert, dass kein Präzedenzfall geschaffen werden solle und kündigt eine Ablehnung an.

Herr Dr. Jochen Ohl (CDU) erklärt, die CDU würde zähneknirschend zustimmen, um dringend benötigten Wohnraum städteplanerisch zu ermöglichen. In den drei Jahren der Planungszeit habe sich im Bausektor die Bedingungen durch beispielsweise gestiegene Zinsen und Inflation stark verändert.

Nach der Beratung lässt der Vorsitzende den Änderungsantrag der BVG (TOP 4.1.2.) abstimmen. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Als Ergebnis der Abstimmung stellt Herr Jost einen **Geschäftsordnungsantrag**:

Die restlichen Punkte zu TOP 4 (4.1, 4.2, 4.3 und 4.4) sind zurückzustellen.

Der TOP 4.1.1. wurde bereits im Vorfeld durch den Antragsteller Herr Donig zurückgezogen.

Über den Geschäftsordnungsantrag lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

18 Jastimmen.
12 Neinstimmen.
02 Enthaltungen.

Damit wird der Antrag angenommen und die Tagesordnungspunkte 4.1, 4.2, 4.3 und 4.4 werden zurückgestellt.

Zu TOP 4.1 **Bebauungsplan "Alzheimer Straße 4" - Festlegung der kommunalen Finanzierungsbeteiligung**
Vorlage: 210/0199/2023

Beschlussvorschlag:

Die kommunale Finanzierungsbeteiligung gemäß der „Richtlinie des Landes Hessen zur sozialen Mietwohnraumförderung“ wird bei dem Bauvorhaben „Alzheimer Straße 4“ auf 40.000 Euro/Wohneinheit festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde durch Beschluss zurückgestellt.

Zu TOP 4.1.1 **Änderungsantrag der SPD zum Bebauungsplan Altheimer
Straße 4 - Festlegung der kommunalen Finanzierungsbetei-
gung
vom 21.06.2023
Vorlage: SPD/0022/2023**

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

Zu TOP 4.1.2 **Änderungsantrag Ablösung Auflage Sozialer Wohnungsbau
Vorlage: BVG/0016/2023**

Beschlussvorschlag:

Der F & R Projektbau GmbH wird im Rahmen des städtebaulichen Vertrags die Möglichkeit gegeben, für die vier geforderten Wohneinheiten die nach den Richtlinien des Landes Hessen zur sozialen Mietraumförderung erstellt werden sollten, gegen eine Zahlung von 20.000 € pro Wohneinheit, die Auflage abzulösen.

Abstimmungsergebnis:

06 Jastimmen.
26 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 4.2 **Bebauungsplan "Altheimer Straße" im Stadtteil Richen - Zu-
stimmung zum städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 210/0202/2023**

Beschlussvorschlag:

Dem städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Groß-Umstadt und der F& R Projektbau GmbH in der Fassung vom 31.05.2023 wird zugestimmt.

Anlagen Städtebaulicher Vertrag Entwurf 31.05.2023 (nebst Anlagen)

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde durch Beschluss zurückgestellt.

Zu TOP 4.3

**Bebauungsplan "Alzheimer Straße" im Stadtteil Richen - Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 13a BauGB und aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 210/0203/2023**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlagen beigefügten Beschlussvorlagen zu den während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen.

Anlagen

Stellungnahmen mit Beschlussvorschlägen

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde durch Beschluss zurückgestellt.

Zu TOP 4.4

**Bebauungsplan "Alzheimer Straße" im Stadtteil Richen - Satzungsbeschluss
Vorlage: 210/0204/2023**

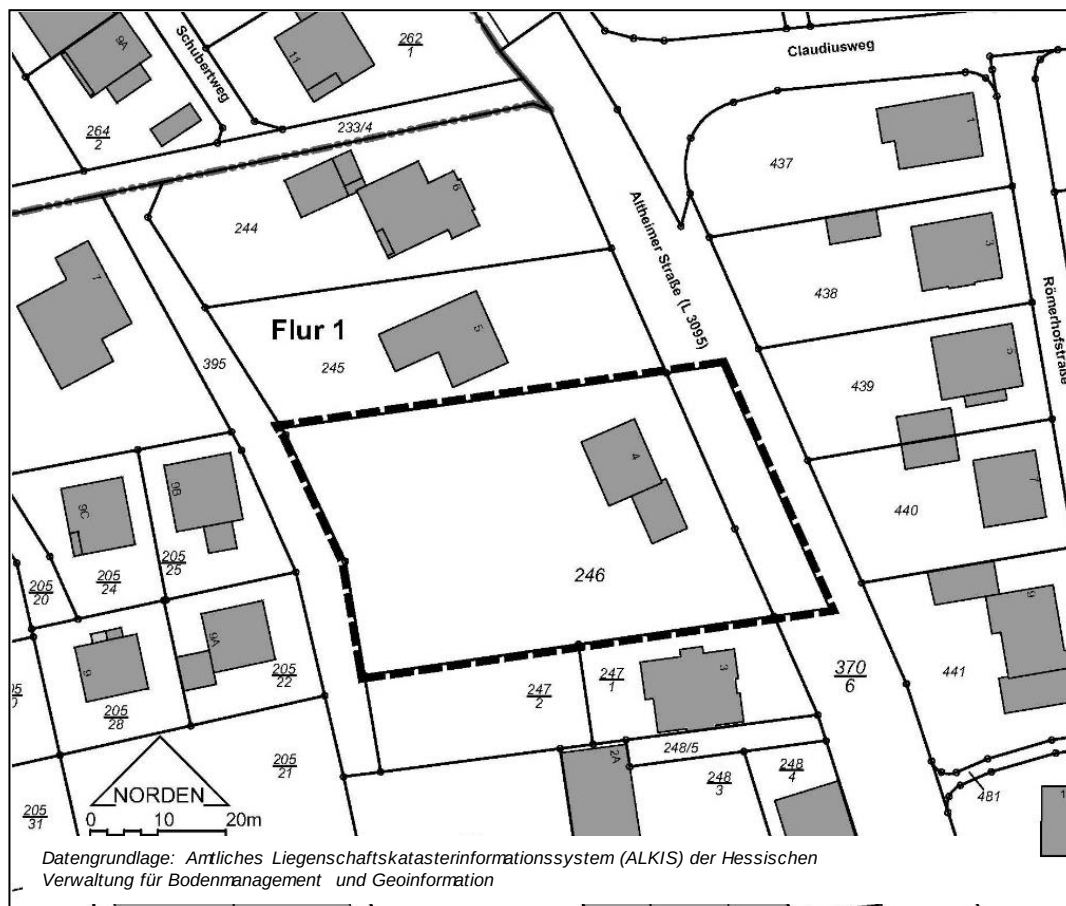
Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) den Bebauungsplan „Alzheimer Straße“ im Stadtteil Richen als Satzung.

Zugrunde gelegt werden der Entwurf vom Mai 2023 und die Beschlüsse über die eingegangenen Stellungnahmen.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Richen Flur 1 Nr. 246 und 370/6 teilweise.

Die genaue Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches kann der nachfolgenden Karte entnommen werden.



Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde durch Beschluss zurückgestellt.

Zu TOP 5

**Bebauungsplan "Solarpark Am Wiebelsbacher Weg" im Stadtteil Umstadt und FNP, 3. Änderung - Aufstellungsbeschluss und Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB
Vorlage: 210/0200/2023**

Die Vorlage wird beraten. Im Anschluss lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Am Wiebelsbacher Weg“ im Stadtteil Umstadt sowie die 3. Änderung des Flächennutzungsplans für den Geltungsbereich des vorstehenden Bebauungsplanes.

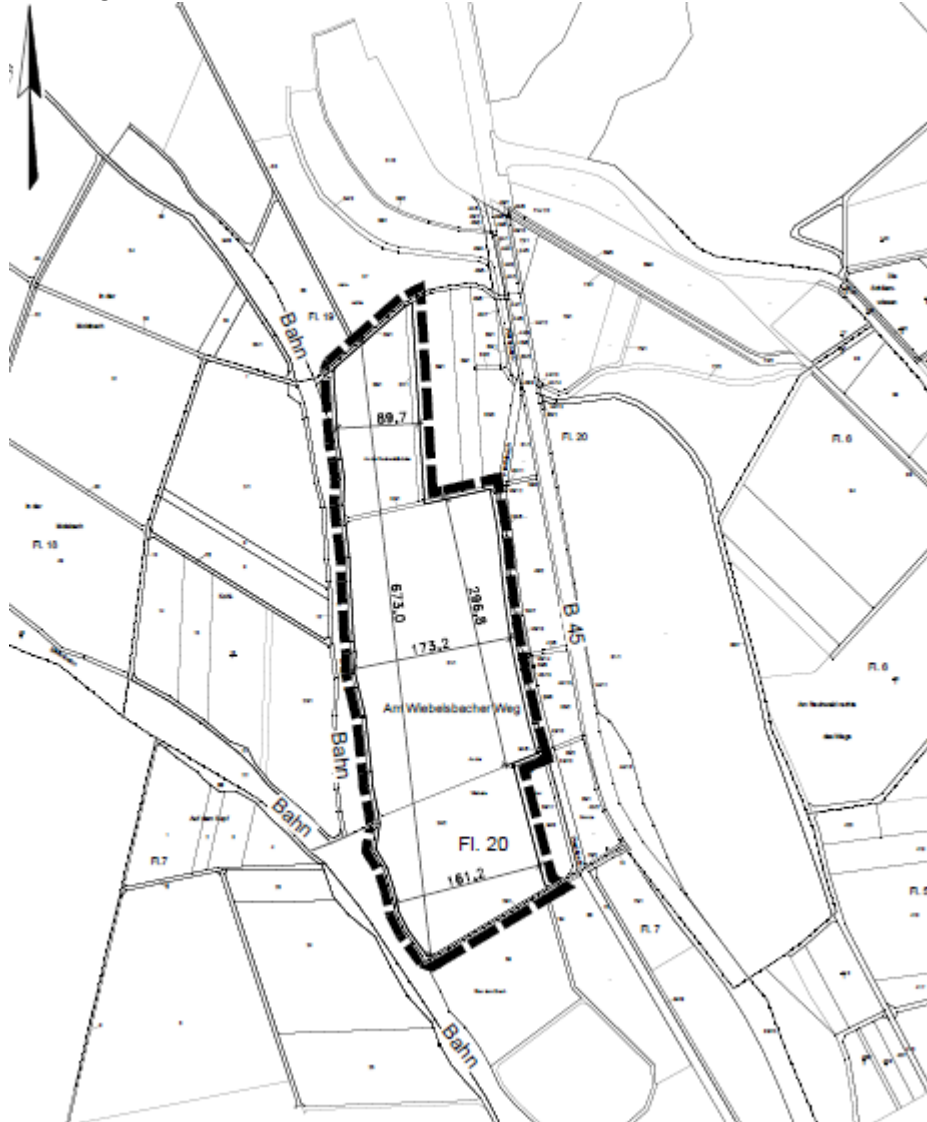
Gleichzeitig beschließt sie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB.

Beabsichtigte Planung:

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes mit gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die bauleitplanerischen Voraussetzungen für den Bau eines Solarparks geschaffen werden.

Der Geltungsbereich ist aus der nachstehenden Karte erkennbar.

Geltungsbereich – ohne Maßstab



Auf der Grundlage des vom Ingenieurbüro Zillinger vorgelegten Vorentwurfes des Bebauungsplanes vom 17.04.2023 sowie des Entwurfs der Flächennutzungsplanänderung vom 02.05.2023 soll die Anhörung der Behörden sowie die frühzeitige Bürgerbeteiligung erfolgen.

Für die Beteiligung der Öffentlichkeit werden die Planentwürfe in der Verwaltung zur Einsichtnahme bereitgehalten.

Sämtliche Kosten, die durch die beiden Bauleitplanungen entstehen trägt der Antragsteller.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen.
01 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Die Vorlage ist mehrheitlich angenommen.

Zu TOP 6 **Grundsatzbeschluss zur Durchführung eines Bauleitplanverfahrens zugunsten einer Wohnbebauung auf den Grundstücken Flur 23 Nr. 13, 14, 15 (tw.) in der Gemarkung Groß-Umstadt** **Vorlage: 210/0187/2023**

Die Vorlage wird beraten und anschließend abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der geplanten Wohnbebauung gemäß beiliegendem Konzept vom Mai 2023 auf den im Flächennutzungsplan als gemischte Baufläche ausgewiesenen Grundstücken, Gemarkung Groß-Umstadt, Flur 23 Nr. 13, 14 und 15 (teilweise) wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das erforderliche Bauleitplanverfahren durchzuführen. Sämtliche Kosten in Verbindung mit der Erstellung des Bebauungsplanes trägt der Projektentwickler.

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Die Vorlage ist einstimmig beschlossen.

Zu TOP 7 **Verzicht auf Gendersternchen und Doppelpunkt; Antrag der FDP-Fraktion vom 05.06.2023** **Vorlage: FDP/0013/2023**

Die Vorlage wird beraten.

Frau Dr. Margarete Sauer betont, dass es bei dem Antrag um die schriftliche, nicht gesprochene, Sprache gehe und bekräftigt, dass die FDP nicht gegen geschlechtergerechte Sprache sei.

Seitens der Fraktionen SPD, BVG und Grüne wird aktuell kein Bedarf an Regelungen für die Verwaltung gesehen. Es werden keine Gendersternchen in der Kommunikation wahrgenommen.

Frau Dr. Sauer ergänzt Ihren Antrag dahingehend, dass: „... die Stadt Groß-Umstadt **auch** künftig...“

Heiko Handschuh lässt über die so geänderte Vorlage abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadt Groß-Umstadt **auch** künftig in ihren Veröffentlichungen auf Gendersternchen und Genderdoppelpunkte in Wörtern verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

10	Jastimmen.
22	Neinstimmen.
0	Enthaltungen.

Die Vorlage ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 8 Beratung Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024

Der Stadtverordnetenvorsteher Handschuh erläutert das Verfahren. Die nachfolgenden Punkte werden einzeln aufgerufen, beraten und direkt im Anschluss abgestimmt. Pro Fraktion habe sich der Ältestenrat auf insgesamt zehn Minuten Redezeit für den TOP 8 festgelegt.

Zu TOP 8.1 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Zu TOP 8.1.1 Eckwerteantrag - Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zur Förderung der Stelle eines Klimamanagers
Vorlage: Grü/0026/2023**

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Eckwerteantrag:

Der Magistrat der Stadt Groß-Umstadt beauftragt die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes, welches mindestens alle Kriterien erfüllt, die eine Förderung der Stelle eines Klimamanagers ermöglichen.

Die erforderlichen Kosten werden ermittelt und in den Haushalt eingestellt.

Zeitpunkt:	- nächstmöglich, spätestens zum Haushalt 2024
Kennzahl:	- das Klimaschutzkonzept ist erstellt. - der erforderliche Geldbetrag ist in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

06 Jastimmen.
26 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Die Vorlage wird mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 8.1.2 Eckwerteantrag - Konzept für bezahlbaren Wohnraum Vorlage: Grü/0028/2023

Dieser Antrag wurde zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von B'90/Die Grünen und der CDU ersetzt (TOP 8.1.2.1).

Zu TOP 8.1.2.1 Eckwerteantrag: Konzept für bezahlbaren Wohnraum Vorlage: G/C/0001/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Groß-Umstadt wird beauftragt ein Konzept zur Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum zu erstellen.

Dieses Konzept soll beinhalten:

- Ermittlung des zu erwartenden Wohnraumbedarfs (Gesamtbedarf und Bedarf an bezahlbarem Wohnraum) der nächsten zehn Jahre
- Prüfung und Aufstellung der Möglichkeiten, Angebote und Grenzen der Förderung (durch Kommune, Land und Bund)
- Prüfung, ob Wohnbaugesellschaft gegründet werden kann oder eine Kooperation mit einer regionalen Wohnbaugesellschaft möglich ist
- Möglichkeiten der Steuerung im Rahmen der Bauplanung
- Möglichkeiten einer Wohnungsbaugesellschaft; z.B. auch die Übernahme von weiteren Aufgaben

Im Rahmen der Prüfung sollte auch die Verlagerung von anderen Aufgaben in andere Organisationsformen geprüft werden.

Die Kosten für die Erstellung eines Konzeptes sind zu ermitteln und in den Haushalt 2024 bzw. 2025 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.

0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 8.1.3 Eckwerteantrag - Nachhaltige, energetische Quartierslösung
Vorlage: Grü/0027/2023

Der Antrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und B'90/Die Grünen ersetzt (TOP 8.2.8.1)

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.1.4 Eckwerteantrag - Mehr Bewegungsmöglichkeiten für Jugendliche
Vorlage: Grü/0029/2023

Der Antrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und B'90/Die Grünen ersetzt (TOP 8.2.8.1)

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.1.4.1 Änderungsantrag zum Antrag „Mehr Bewegungsmöglichkeiten für Jugendliche“ der Grünen
Vorlage: SPD/0031/2023

Der Antrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und B'90/Die Grünen ersetzt (TOP 8.2.8.1)

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.1.5 Eckwerteantrag - Pflanzung von Stadtbäumen

Vorlage: Grü/0030/2023

Eckwerteantrag:

Der Magistrat der Stadt Groß-Umstadt prüft, wo im gesamten Stadtgebiet Stadtbäume gepflanzt werden können und beauftragt die Pflanzung von insgesamt 180 Bäumen (je 80 in der Kernstadt und 90 verteilt auf die Stadtteile) im Zeitraum von drei Jahren im gesamten Stadtgebiet.

Für die Auswahl der richtigen Bäume am jeweiligen Standort sind Kriterien wie insbesondere Klimaverhältnisse, der Nutzen für die Biodiversität, Bodensituation und erforderlicher Wurzelraum, sowie räumliche Gegebenheiten zu beachten. Wo möglich sind heimische Baumarten zu bevorzugen.

Die Kosten sind zu ermitteln, die Kosten für 60 Bäume sind nächstmöglich, spätestens im Haushalt 2024 einzustellen.

Zeitpunkt: - nächstmöglich, spätestens zum Haushalt 2024

Kennzahl: - 60 Bäume pro Jahr in 3 Jahren
- der erforderliche Geldbetrag ist in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt.

Zu TOP 8.1.6 Eckwerteantrag: Umsetzung des Radverkehrskonzeptes Vorlage: Grü/0031/2023

Der Antrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und B'90/Die Grünen ersetzt (TOP 8.1.6.2)

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.1.6.1 Änderungsantrag zum Antrag „Umsetzung des Radverkehrskonzepts“ der Grünen Vorlage: SPD/0032/2023

Der Antrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und B'90/Die Grünen ersetzt (TOP 8.1.6.2)

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.1.6.2 Eckwerteantrag: Aktualisierung und Umsetzung des Radverkehrskonzeptes Vorlage: S/C/G/0002/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Magistrat der Stadt Groß-Umstadt wird beauftragt, eine Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes unter Einbeziehung des derzeitigen Radverkehrskonzeptes, des Radverkehrskonzeptes des BUND und neuer Erkenntnisse vorzunehmen. Für die Umsetzung des aktualisierten Radverkehrskonzeptes ist ein Zeitplan zu erstellen, wobei die ersten Maßnahmen noch im Jahr 2024 umgesetzt werden sollen.
- 2) Diese Maßnahmen sind in den Generalverkehrsplan der Stadt, wie es schon vorgesehen war, einzuarbeiten. Hierbei ist auch der Fußgängerverkehr gezielt zu beleuchten. Diese Aspekte der Nahmobilität sollen auch für die Stadtteile untersucht und hierzu Maßnahmen festgeschrieben werden.

Die unter 1. und 2. aufgeführten Maßnahmen sind unter Beteiligung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Landwirtschaft und Verkehr sowie der jeweiligen Ortsbeiräte in geeigneten Formaten (bspw. gemeinsame Sitzungen, Ortsbegehungen etc.) zu erarbeiten.

Im Haushalt 2024 und die kommenden Jahre sind Mittel für die externe Beratung zur Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes und Einarbeitung in den Generalverkehrsplan der Stadt und ein pauschaler Betrag für die Umsetzung erster Maßnahmen einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 8.2 Anträge der Fraktion CDU

Zu TOP 8.2.1 Haushaltsantrag 2024: Erstellung eines Gesamtverkehrswegeplans für Groß-Umstadt einschließlich Vorlage: CDU/0012/2023

Der Antrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und B'90/Die Grünen ersetzt (TOP 8.1.6.2).

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

**Zu TOP 8.2.2 Haushaltsantrag 2024: Erstellung Digitalisierungsfahrplan
Vorlage: CDU/0013/2023**

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Im Haushalt 2024 werden Mittel für die Erstellung eines Fahrplanes „digitales Groß-Umstadt“ eingestellt. Zielsetzung des Fahrplans ist es, dass aufgezeigt wird, welche Projekte in welchen Zeiträumen umgesetzt werden sollen und welche Ressourcen dazu benötigt werden. Gleichzeitig ist darzustellen, welche Einsparungen die jeweiligen Projekte erzielen können.

Abstimmungsergebnis:

18 Jastimmen.
14 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

**Zu TOP 8.2.3 Haushaltsantrag 2024: Verzicht auf die Bundesförderung für
die Stelle des Klimaschutzmanagers
Vorlage: CDU/0014/2023**

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Bürgermeister René Kirch sagt auf Nachfrage einen Zwischenstand zum Hitze-schutzkonzept zu.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob es günstiger ist, für die vorgesehene Stelle des Klimaschutzmanagers auf die Fördermittel zu verzichten. Sollte dies der Fall sein, ist die Stelle ohne Fördermittel schnellstmöglich zu besetzen und die Mittel für die Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes sind abzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

12 Jastimmen.
14 Neinstimmen.
06 Enthaltungen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 8.2.4 Haushaltsantrag 2024: Ausstattung des Ordnungsamtes mit einem als Polizei erkennbaren Fahrzeug sowie der Ordnungskräfte im Außendienst mit funktionsgerechter Kleidung und Ausrüstung **Vorlage: CDU/0015/2023**

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, in welcher Form

1. das Ordnungsamt mit einem für den Außeneinsatz geeigneten, als Polizeifahrzeug erkennbaren Pkw und
2. die Ordnungskräfte im Außendienst mit einer funktionsgerechten, als Kommunalpolizei erkennbaren Dienstkleidung ausgestattet werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die hierfür zu veranschlagenden Mittel in den Haushaltsplan 2024 ein.

Abstimmungsergebnis:

17 Jastimmen.
15 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Damit wird die Vorlage mehrheitlich beschlossen.

Zu TOP 8.2.5 Haushaltsantrag 2024: Einrichtung eines zentralen Info-Points in städtischen Räumlichkeiten **Vorlage: CDU/0016/2023**

Der Haushaltsantrag wird begründet und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob geeignete, zentral gelegene und der Stadt Groß- Umstadt gehörende Räumlichkeiten für die Einrichtung eines Info-Points/Tourist Info zur Verfügung gestellt und wie diese gegebenenfalls eingerichtet werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt sodann über den Vorschlag des Magistrats und stellt die hierfür zu veranschlagenden Mittel in den Haushaltsplan 2024 ein.

Abstimmungsergebnis:

10 Jastimmen.
20 Neinstimmen.
2 Enthaltungen.

Der Haushaltsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 8.2.6 Haushaltsantrag 2024: Ankauf brachliegende Gewerbeflächen Vorlage: CDU/0017/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Es werden Mittel im Haushalt 2024 und in den folgenden Jahren eingeplant, um leere Gewerbegrundstücke und Gewerbeflächen zu erwerben und an Interessierte weiter zu veräußern. Denkbar ist auch, dass diese Aufgabe ein Dritter im Auftrag der Stadt übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

17 Jastimmen.
14 Neinstimmen.
01 Enthalten.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 8.2.7 Haushaltsantrag 2024: Ausweisen von Kennzahlen Vorlage: CDU/0018/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, folgende Kennzahlen im Haushalt, beginnend mit dem Haushalt 2024, auszuweisen:

- Aufwandsdeckungsgrad 1
 - Aufwandsdeckungsgrad 2
 - Eigenkapitalquote 2
 - Abschreibungsquote
 - Abschreibungsintensität
 - Anlagenintensität
 - Fremdfinanzierungsquote
 - Schuldendienstquote
 - Zinslastquote
 - Investitionsdeckung
 - o Gesamt
 - o Für städtische Straßen
 - o Für städtische Gebäude
 - Anlagendeckungsgrad 2
 - Dynamischer Verschuldungsgrad
 - Liquidität 1. Grades
 - Steuerquote 2
 - Umlagenquote
 - Personalintensität/Personalaufwandsquote
 - Sach- und Dienstleistungsintensität (Betriebsaufwandquote)
 - Finanzergebnis aus laufender Tätigkeit
 - für Kitas:
 - o städtischer Anteil
 - o Zuschüsse des Landes
 - o Elternanteil
- pro Einwohner und pro Kita-Platz
- Infrastrukturförderung je Vereinsmitglied

Soweit möglich und mit vertretbarem Aufwand leistbar, sollen die Kennzahlen rückwirkend für 5 Jahre ermittelt werden.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Jastimmen.
- 14 Neinstimmen.
- 06 Enthaltungen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 8.2.8 Haushaltsantrag 2024: Verstärkung aufsuchender Jugendarbeit **Vorlage: CDU/0019/2023**

Der Antrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen ersetzt (TOP 8.2.8.1).

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.2.8.1 Eckwerteantrag: Projektbezogene und aufsuchende Jugendarbeit in den Stadtteilen **Vorlage: S/G/C/0001/2023**

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Groß-Umstadt wird beauftragt ein Konzept zur Entwicklung der stadtteilbezogenen Jugendarbeit zu erstellen.

Bestandteil des Konzeptes sollen sein:

- In jedem Stadtteil wird einmal jährlich je ein projektbezogenes Angebot für Jugendliche im Alter von 10- 14 Jahren und für Jugendliche im Alter von 14- 18 Jahren durchgeführt.
- Die projektbezogenen Angebote setzen je Stadtteil verschiedene Schwerpunkte, um ein vielfältiges Angebot über die gesamte Stadt hinweg zu schaffen.
- Intensivierung der aufsuchenden Jugendarbeit in den Stadtteilen. Hier ist insbesondere zu prüfen, in wie weit dies mit vorhandenem Personal möglich ist oder zusätzliche Mittel / Personal erforderlich ist.
- Errichtung von stadtteilbezogenen Bewegungsangeboten für den Nicht-Organisierten Sport, z.B. Street-Ball Körbe. Die Ergebnisse der AG Maßnahmen für den nicht-organisierten Sport im Rahmen der Erarbeitung des Sportstättenkonzeptes können mit einfließen.
- Gleichzeitig wird der 2019 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Antrag zur Entwicklung eines Jugendbeteiligungsformats umgesetzt, der aufgrund der Corona-Pandemie bislang nicht zur vollen Entfaltung kommen konnte. Hierzu soll sich an den Beteiligungsformaten der Stadt Heidelberg (2018) und des Landkreises Rosenheim (2019) orientiert werden. Die Ergebnisse der Jugendbeteiligung sind in die Konzeption der projektbezogenen Stadtteilangebote einzubeziehen. Darüber hinaus soll das entwickelte Jugendbeteiligungsformat in einem regelmäßigen Turnus projektbezogen durchgeführt werden.

Die projektbezogenen Angebote in den Stadtteilen sollen 2024 schon starten, um den Beschluss vom 27.02.22 nun auch umzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die gegebenenfalls zu veranschlagenden Mittel in den Haushaltsplan 2024 ein.

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 8.2.9 **Haushaltsantrag 2024: Beschaffung weiterer Ruhebänke im Stadtgebiet**
Vorlage: CDU/0020/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, gegebenenfalls auch durch Befragung entsprechender Personenkreise, an welchen Stellen im Stadtgebiet einschließlich der Ortsteile weitere Ruhebänke aufgestellt werden sollten.
Die Stadtverordnetenversammlung stellt die für bis zu zehn neue Ruhebänke zu veranschlagenden Mittel in den Haushaltsplan 2024 ein.

Abstimmungsergebnis:

29 Jastimmen.
03 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Haushaltsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Zu TOP 8.2.10 **Haushaltsantrag 2024: Arbeitsplatzkonzept/ Einsparung von Büroflächen**
Vorlage: CDU/0021/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Um die Ausweitung von Flächenbedarfen der Stadtverwaltung zu begrenzen oder sogar Flächen einzusparen, sind entsprechende Konzepte zu erstellen. Hierbei sollen neue Arbeitsformen, wie das mobile Arbeiten und das Desksharing Berücksichtigung finden. Im Haushalt 2024 sind entsprechende Mittel für die Arbeitsplatzausstattung einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

26 Jastimmen.
06 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 8.2.11 Haushaltsantrag 2024: Prüfung zur Gründung einer städtischen GmbH
Vorlage: CDU/0022/2023

Dieser Antrag wurde zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von B'90/Die Grünen und der CDU ersetzt (TOP 8.1.2.1).

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.3 Anträge der Fraktion SPD

Zu TOP 8.3.1 Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
- Erhöhung der Sichtbarkeit der Stadtteilveranstaltungen durch Erweiterung des Kulturprogramms
Vorlage: SPD/0023/2023

Der Antrag sowie der Änderungsantrag der FDP werden begründet und beraten.

Es entsteht die Diskussion, ob der Änderungsantrag der FDP den Antrag der SPD ersetzt oder ergänzt.

Nach einem Meinungsbild der Stadtverordneten hält der Stadtverordnetenvorsteher fest, dass der Änderungsantrag (TOP 8.3.1.1) den Haushaltsantrag (TOP 8.3.1) ergänzt. Im Sinne dessen soll erst geprüft und dann ausgeführt werden.

Demnach lässt der Stadtverordnetenvorsteher erst den Änderungsantrag (siehe TOP 8.3.1.1) und dann den geänderten (ergänzten) Haushaltsantrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat,

bei den Vereinen der Stadtteile und deren Ortsbeiräten eine Abfrage über ihre geplanten Kulturveranstaltungen durchzuführen und sie auf die Möglichkeit der Eintragung dieser Angebote in das digitale Kulturprogramm der Stadt hinzuweisen.

Dabei ist auch zu klären, ob der Wunsch nach einem eigenen Kulturflyer besteht.

Die Vor- und Nachteile eines Printmediums bzw. der digitalen Form sind zu erläutern

und mit einer Kostenschätzung zu ergänzen.

Der Ausschuss für Stadtmarketing, Kultur und Sport erstellt auf dieser Grundlage eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erweiterung des städtischen Kulturprogramms durch einen eigenen Kultur-Flyer für die regelmäßig jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen in allen Stadtteilen. Dieser Flyer ist sowohl in ausgedruckter als auch in digitaler Form zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Abfrage der Vereine und Ortsbeiräte soll hierfür durchgeführt werden. Der zuständige Ausschuss für Stadtmarketing, Kultur und Sport soll hierzu durch das entsprechende Berichtswesen aus der Verwaltung informiert und beteiligt werden. Der Beschluss wird zunächst in den Haushaltsentwurf 2024 eingearbeitet. Entsprechende Mittel sollen hierfür eingeplant werden.

Kennzahl: Nachweisbarer Flyer und Ressourceneinsetzung

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Die Vorlage wird, mit dem Beschlusstext des Änderungsantrages (TOP 8.3.1.1), einstimmig beschlossen.

Zu TOP 8.3.1.1 Änderungsantrag zum Parteiantrag SPD/0023/2023 "Erhöhung der Sichtbarkeit der Stadtteilveranstaltungen durch Erweiterung des Kulturprogramms"
Vorlage: FDP/0021/2023

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat,

bei den Vereinen der Stadtteile und deren Ortsbeiräten eine Abfrage über ihre geplanten Kulturveranstaltungen durchzuführen und sie auf die Möglichkeit der Eintragung dieser Angebote in das digitale Kulturprogramm der Stadt hinzuweisen.

Dabei ist auch zu klären, ob der Wunsch nach einem eigenen Kulturflyer besteht.

Die Vor- und Nachteile eines Printmediums bzw. der digitalen Form sind zu erläutern und mit einer Kostenschätzung zu ergänzen.

Der Ausschuss für Stadtmarketing, Kultur und Sport erstellt auf dieser Grundlage eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis:

- 20 Jastimmen.
- 11 Neinstimmen.
- 01 Enthaltung.

Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich beschlossen.
Der Beschlusstext ergänzt den ursprünglichen Antrag.

Zu TOP 8.3.2 Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024
: Umplanung Küchensanierung Bürgerhaus Klein-Umstadt
Vorlage: SPD/0024/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Küchensanierung im Bürgerhaus Klein-Umstadt unter Berücksichtigung folgender Punkte noch 2023 fortzusetzen:

1)

Bei der Sanierung der örtlichen Gastronomie soll zwischen Bauerhaltungsmaßnahmen und der Einrichtung einer neuen Küche unterschieden werden. Hierbei sollen bei der Sanierung nur Bauerhaltungsmaßnahmen, wie z.B. Renovierung und Instandsetzung der Küchen-räumlichkeiten, verfolgt werden, für welche die Stadt Groß-Umstadt als Eigentümerin des Bürgerhauses Klein-Umstadt verantwortlich ist.

2)

Hierzu soll noch 2023 eine externe Kostenanalyse für die Küchenräume, wie unter Punkt 1 erläutert, umgehend in Auftrag gegeben werden. Diese ist dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Ortsbeirat Klein-Umstadt vorzulegen.

3)

Die bisherigen Haushaltsmittel sollen gemäß der externen Kostenanalyse neu veranschlagt und für 2024 sowie Folgejahre eingeplant werden.

4)

Die organisierte Gruppierung Bw-KIUG von Klein-Umstädter Bürgerinnen und Bürgern (Bürger wollen Klein-Umstädter Gaststätte) soll im Sinne einer Bürgerbeteiligung beim weiteren Vorgehen beteiligt und informiert werden. Die Ergebnisse aus den dortigen Arbeitsgruppen sollen hierbei Gehör finden und auch ehrenamtliche Beteiligung bei den Sanierungsarbeiten zur Kostensenkung und Stärkung des Gemeinschaftsgefühls erörtert werden, wie dies bei der Gesamtsanierung der Bürgerhauses 2013-2017 der Fall war.

5)

Auch die bisherigen zwei Planungen, welche 550.000€ bzw. 420.000€ veranschlag-

ten, sollen der Stadtverordnetenversammlung und dem Ortsbeirat Klein-Umstadt zur besseren Transparenz zugänglich gemacht werden.

6)

Außerdem wird der Magistrat beauftragt, breitflächig nach einer Nachfolge für die Gastronomie zu suchen, sei es ein Pächter als Privatperson oder beispielsweise eine Brauerei als Unternehmen.

Der Beschluss wird zunächst in den Haushaltsentwurf 2024 eingearbeitet.

Kennzahlen:

- Nachweisbare externe Kostenanalyse (nur Bauerhaltungsmaßnahmen)
- Nachweisbare Mittelplanung
- Nachweisbar beteiligte Gruppe Bw-KIUG
- Nachweisbar ausgehändigte Planungen (550.000€ bzw. 420.000€)
- Nachweisbare sanierte Küchenräumlichkeiten - Nachweisbare Unternehmungen für die Pächternachfolge sowie Pachtvertrag

Abstimmungsergebnis:

14 Jastimmen.
12 Neinstimmen.
06 Enthaltungen.

Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen.

Zu TOP 8.3.3 **Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024**
 : Zusätzliche Förderung des ZIBB (Zentrum Information Bera-
 tung Bildung)
 Vorlage: SPD/0025/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine dauerhafte Erhöhung der finanziellen Zuwendung für das ZIBB (Zentrum Information Bildung Beratung) - Frauen für Frauen e.V. in Groß-Umstadt um jährlich 10.000€. Der Beschluss wird zunächst in den Haushaltsentwurf 2024 eingearbeitet. Entsprechende Mittel sollen für die folgenden Haushalte eingeplant werden.

Kennzahl: Nachweisbare erhöhte Förderung im Haushaltsentwurf

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 8.3.4 Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024 : Dauerhafte Förderung des AWO-Spielmobils Vorlage: SPD/0026/2023

Aufgrund § 25 HGO – Widerstreit der Interessen verlässt Frau Peggy Yvonne Pittner in der Zeit von 21:40 bis 21:44 Uhr den Sitzungssaal und ist während der Abstimmung nicht anwesend.

Die Vorlage wird begründet und beraten. Im Zuge der Beratung wird festgelegt, dass erst der Änderungsantrag abgestimmt wird. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses entfällt die Beschlussfassung zum TOP 8.3.4.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung entfällt aufgrund des Änderungsantrages (TOP 8.3.4.1).

Zu TOP 8.3.4.1 Änderungsantrag zum SPD Haushaltsantrag 2024: Dauerhafte Förderung des AWO-Spielmobils Vorlage: CDU/0023/2023

Der Änderungsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat erstellt ein Konzept für die dauerhafte Schaffung eines Ferienangebotes für Kinder und Jugendliche. Dabei sollen auch Drittanbieter von Ferienangeboten berücksichtigt werden sowie Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit genutzt werden.

Erforderliche Mittel für die Konzepterstellung sind im Haushalt 2024 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

17 Jastimmen.
13 Neinstimmen.
01 Enthaltung.

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich beschlossen.

Zu TOP 8.3.5 **Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024**
: Gebührenerstattung bei Betreuungsausfall
Vorlage: SPD/0027/2023

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, folgende Ergänzung zur „Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der von der Stadt Groß- Umstadt betriebenen Kindertageseinrichtungen“: Kann eine Betreuung in den von der Stadt Groß- Umstadt betriebenen Kindertageseinrichtungen aus irgendwelchen Gründen nicht gewährleistet werden, müssen die entrichteten Gebühren zurückgezahlt werden. In diesem Falle erfolgt eine taggenaue anteilige Berechnung der Monatsgebühr.

Kennzahl: Nachweisbar geänderte Kita-Gebührensatzung

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt vom Antragsteller.

Zu TOP 8.3.6 **Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024: Verein-**
barkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf
Vorlage: SPD/0028/2023

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.3.7 **Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024**
: Neugestaltung des Mahnmals zur Reichspogromnacht
Vorlage: SPD/0029/2023

Dieser Antrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von SPD und FDP ergänzt (TOP 8.3.7.1).

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.3.7.1 **Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024**
: Neugestaltung des Mahnmals zur Reichspogromnacht
Vorlage: SPD/FDP/0002/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, der Stele mit den Namen der (meisten) deportierten Umstädter Jüdinnen und Juden am Mahnmal zur Reichspogromnacht einen sichtbaren und würdigeren Platz zu geben, damit diese besser ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt und Teil des Gedenkens an jedem 9. November werden kann. Eine bisher vieldiskutierte Verlegung der Stele nach vorne, neben die Menora, kann hierbei, neben anderen Ansätzen, eine Lösung darstellen. Gleichzeitig soll der Platz hinter dem Mahnmal insgesamt für die Öffentlichkeit aufgewertet werden, um neue Formate im Sinne der Gedenkkultur durchführen zu können. Hier sollen eine gut sichtbare Hinweistafel, eine entsprechende barrierefreie Weggestaltung, eine Veränderung der Parkplatzsituation und eine Einrichtung von Sitzgelegenheiten in die Überlegungen einfließen. Um dies zu verwirklichen sollen Vertretungen von Politik und Verwaltung gemeinsam mit dem „Runden Tisch - Jüdisches Leben in Groß-Umstadt“ ein gesellschaftlich tragfähiges Konzept erarbeiten. Der Beschluss wird zunächst in den Haushaltsentwurf 2024 eingearbeitet und entsprechende Planungsmittel eingeplant.

Kennzahl:

Nachweisbare Mittelplanung und Ressourceneinsatz sowie erarbeitetes Konzept

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 8.3.8 Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024 : Steigerung der Attraktivität der Verschwisterungsfahrten Vorlage: SPD/0030/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet und beraten.

Frau Dr. Sauer schlägt eine Änderung vor. Aus „flächendeckender“ soll „**flächendeckend**“ werden und die folgenden beiden Sätze sind einzufügen: „**Die Zusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen ist zu intensivieren. Dabei soll auch auf die satzungsgemäß zur Verfügung stehenden Mittel von Fördervereinen und Stiftungen hingewiesen werden.**“

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die so geänderte Vorlage abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung für die Verschwisterungsfahrten in die Partnerstädte Saint-Péray, Santo Tirso und Dicomano in

die Wege zu leiten. Hierzu sollen die Fahrten jährlich durch eine Förderung von 5.000€ für Jugendliche bezuschusst werden. Gleichzeitig soll der Magistrat dafür Sorge tragen, dass die Fahrten *flächendeckend* in der Stadtgesellschaft beworben werden. *Die Zusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen ist zu intensivieren. Dabei soll auch auf die satzungsgemäß zur Verfügung stehenden Mittel von Fördervereinen und Stiftungen hingewiesen werden.*

Der Beschluss wird zunächst in den Haushaltsentwurf 2024 eingearbeitet. Entsprechende Mittel sollen für die folgenden Haushalte eingeplant werden.

Kennzahl: Nachweisbare erhöhte Förderung im Haushaltsentwurf und Ressourceneinsatz sowie nachweisbare größere Werbung

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der so geänderte Antrag wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 8.4 Anträge der Fraktion FDP

**Zu TOP 8.4.1 Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Neu- und Ersatzbeschaffung der Spielplätze
Vorlage: FDP/0015/2023**

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird nach den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen.

**Zu TOP 8.4.2 Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Schaffung von Sozialbetreuungsplätzen
Vorlage: FDP/0016/2023**

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,
probeweise für das Schuljahr 2024/25 (= 5/12 des Haushaltsjahres 2024 und 7/12

des Haushaltsjahres 2025)

für das Betreuungsmodul A im „Pakt für den Ganzttag“ (11:30 bzw. 12.30 Uhr bis 14:30 Uhr) an seinen sechs Grundschulen (GBS, ERS, Heubach, Klein-Umstadt, Semd, Wiebelsbach)

Sozialplätze zur Verfügung zu stellen, die auf Vorschlag und nach schriftlicher Begründung durch die Schulleitung an bis zu maximal 10 % der Gesamtschülerzahl vergeben werden können.

Das bestehende Budget „Sachmittel für ...“ (9.000 Euro) soll dazu in die allgemeine Bezeichnung „Förderung“ umbenannt und probeweise verdoppelt werden.

Abstimmungsergebnis:

26 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
06 Enthaltungen.

Der durch die Antragstellerin geänderte und ergänzte Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 8.4.3 Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Übernahme einer Bürgschaft zur Finanzierung von Betreuungsplätzen **Vorlage: FDP/0017/2023**

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, vorbehaltlich und längstens bis zur Einführung des Rechtsanspruchs auf einen schulischen Betreuungsplatz durch Bund und Land zum Schuljahr 2026/27 das kommunale Betreuungsmodul B im „Pakt für den Ganzttag“ (14:30 bis 17:00 Uhr) an den Grundschulen seiner Ortsteile (Heubach, Klein-Umstadt, Semd, Wiebelsbach) durch die Übernahme einer Bürgschaft zur Finanzierung der im Rahmenkonzept vorgesehenen 10 der Gesamtschülerzahl für - den-jeweiligen Angebotsträger, zurzeit die AWO, sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

20 Jastimmen.
12 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen.

Zu TOP 8.4.4 **Antrag für den Haushaltsentwurf 2024- Anschaffung von Fahrzeugen**
Vorlage: FDP/0018/2023

Beschluss:

Der Antrag wird nach den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen.

Zu TOP 8.4.5 **Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Bau eines Stadtarchivs,**
Vorlage: FDP/0019/2023

Der Haushaltsantrag wird zurückgezogen und durch den gemeinsamen Antrag von FDP und SPD ersetzt (TOP 8.4.5.1).

Abstimmungsergebnis:

Zurückgezogen.

Zu TOP 8.4.5.1 **Zielvorgabe zum Eckwertebeschluss Haushalt 2024**
- Sicherung des historischen Archivguts, Bau eines Kreisarchivs und Einrichtung eines digitalen Stadtarchivs
Vorlage: SPD/FDP/0001/2023

Der Haushaltsantrag wird begründet, beraten und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Punkte zur Sicherung des historischen Archivguts und zur Einrichtung eines digitalen Stadtarchivs:

1. Der Magistrat wird beauftragt mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie den kreisangehörigen Kommunen unmittelbar Kontakt aufzunehmen. Ziel der Kontaktaufnahme soll eine interkommunale Zusammenarbeit zur Etablierung eines gemeinsam genutzten Archivlagers sein, um originale historische Akten und Dokumente adäquat lagern zu können (gesicherte Räumlichkeiten mit stabilem Raumklima, ausreichender Durchlüftung und Sicherung in geeigneten Kartons, die einen gewissen Schutz gegen Druck, Säure, Licht, Wärme und Feuchtigkeit bieten). Aufgrund der Tatsache, dass Groß-Umstadt eine der wenigen Kommunen ist, die umfassende historische Originalquellen besitzt, und darüber hinaus als Kulturhauptstadt des Land-

kreises gilt, soll darauf hingewirkt werden, für das gemeinsame Archivlager Groß-Umstadt als Standort zu wählen.

2. Historisch wertvolles, jedoch stark beschädigtes Archivgut muss gesondert betrachtet werden. Hierzu soll eine Auflistung und Kostenschätzung der betroffenen Dokumente erfolgen, um diese entsprechend des Gefährdungsgrads zu priorisieren und aufbereiten zu können. Hierzu wird der Magistrat beauftragt, eine entsprechende Prozessentwicklung zu etablieren und in den entsprechenden Ausschüssen (Haupt- und Finanzausschuss sowie Ausschuss für Stadtmarketing, Kultur und Sport) zu erläutern.

3. Ein digitales Stadtarchiv soll langfristig eingerichtet werden, um allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern weltweit einen breiten Zugang zur städtischen Geschichte zu ermöglichen. Ziel soll es sein, vom heimischen Endgerät aus, alle archivierten Akten und Dokumente einsehen zu können (Ausschluss von weiteren Beschädigungen durch unsachgemäße Behandlung der Archivalien). Hierzu wird der Magistrat beauftragt eine Digitalstrategie zur Erfüllung folgender Teilaufgaben zu entwickeln:

- Digitalisierung der originalen historischen Akten und Dokumente mit einem entsprechenden hochauflösenden Archivscanner
- Gewährleistung einer verlustsicheren Speicherung der Digitalisate
- Auswahl einer optimalen Software zur Katalogisierung und Organisation der Digitalisate
- Erstellung einer Webseite, die den Zugang zu den Digitalisaten benutzerfreundlich ermöglicht
- Prozessentwicklung zur Priorisierung und Abarbeitung des bisherigen Archivguts (inklusive der aufbereiteten Dokumente)
- Prozessentwicklung zur laufenden Digitalisierung des neu anfallenden Archivguts

4. Um bei der Digitalisierung der Archivalien Fortschritte zu erzielen und gleichzeitig wirtschaftlich zu handeln, wird der Magistrat beauftragt, den entsprechenden Ausschüssen (Haupt- und Finanzausschuss sowie Ausschuss für Stadtmarketing, Kultur und Sport) darzulegen, ob dies über eine temporäre Aufstockung des Personals, externe Dienstleistungen, Beteiligung ehrenamtlicher Projektgruppen oder einer Mischung aus den genannten Optionen geschehen soll. Der Beschluss wird zunächst in den Haushaltsentwurf 2024 eingearbeitet und entsprechende Mittel eingeplant.

Kennzahlen:

- Nachweisbare Kontaktaufnahme zu einem gemeinsamen Kreisarchiv
- Bau eines gemeinsamen Kreisarchivs in Groß-Umstadt
- Nachweisbare Auflistung, Priorisierung und Kostenschätzung zur Aufbereitung des beschädigten Archivguts
- Anzahl des aufbereiteten Archivguts im Verhältnis zur Gesamtzahl des beschädigten Archivguts pro Jahr - Nachweisbare Digitalstrategie für das Stadtarchiv
- Einrichtung eines digitalen Stadtarchivs
- Nachweisbare Prozessentwicklung zur Priorisierung und Abarbeitung des bis-

- herigen Archivguts (inklusive der aufbereiteten Dokumente)
- Nachweisbare Prozessentwicklung zur laufenden Digitalisierung des neu anfallenden Archivguts
- Anzahl der digitalisierten Archivalien im Verhältnis zur Gesamtzahl der nicht-digitalisierten Archivalien pro Jahr
- Nachweisbare jährliche Mitteleinplanung zur Digitalisierung der Archivalien

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen.
0 Neinstimmen.
0 Enthaltungen.

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 8.4.6 **Antrag für den Haushaltsentwurf 2024 - Vorhaben des gemeinsamen digitalen Archivverbundes **Vorlage: FDP/0020/2023****

Der Antrag wird nach den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Stadt Groß-Umstadt beteiligt sich am

Vorhaben des gemeinsamen digitalen Archivverbundes für die Region Darmstadt-Dieburg in Zusammenarbeit mit der Stadt Darmstadt.

Bei 5 Mitgliedern entstünden Kosten von jährlich rund 12.500 Euro, bei 25 Mitgliedern würden die auf 5.500 Euro sinken.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt.

Zu TOP 9 **Anregungen und Mitteilungen**

Bürgermeister René Kirch bedankt sich bei den Politikerinnen und Politikern für die Umsetzung des neuen „Groß-Umstädter-Weges“ bei den Haushaltsberatungen. Es sei ein großer Tag für die Demokratie mit Vorbildcharakter gewesen. Ein großer Dank gelte auch der Verwaltung. Applaus.

Herr Alfonso Muñoz schließt sich als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses den Worten des Bürgermeisters an. Der Übersichtlichkeit halber regt er zukünftig an, die Haushaltsanträge der Fraktionen nach Themengebieten zu sortieren. Als Sortierungskriterium könnte die Zuordnung zu den Fachausschüssen zugrunde gelegt werden.

Weitere Anregungen und Mitteilungen liegen nicht vor.

Teil B (zurückgestellte Vorlagen)

Zu TOP 10 Einführung eines Klimaschutzpreises; Antrag der SPD-Fraktion vom 17.11.2021 - Vorlage: SPD/0005/2021

Zu TOP 11 Erstellung kommunales Wasserkonzept; Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" vom 19.08.2022
Vorlage: Grü/0017/2022 -

Zu TOP 12 Förderung von Klimaschutzmaßnahmen; Antrag der CDU-Fraktion vom 12.01.2022 - Vorlage: CDU/0003/2022

Zu TOP 13 Einrichtung eines Facharbeitskreises Bauen; Antrag der BVG-Fraktion vom 02.02.2023 - Vorlage: BVG/0010/2023

Der Stadtverordnetenvorsteher Handschuh bedankt sich bei den Anwesenden für die disziplinierte Sitzung sowie die konstruktive Zusammenarbeit und schließt die Sitzung 22:07 Uhr.

Heiko Handschuh
Stadtverordnetenvorsteher

Tim Kath
Schriftführer